

Beschluss des Landrats vom 25.10.2018

Nr. 2232

4. Universität Basel; Leistungsbericht 2017 (Partnerschaftliches Geschäft) 2018/590; Protokoll: pw, bw

Mirjam Würth (SP), Präsidentin der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Universität Basel), führt aus, die IGPK Universität Basel habe den Leistungsbericht, den Jahresbericht, die Jahresrechnung, den Bericht der Fachkommission Immobilien sowie die Folgeprüfung im Honorarbereich der Kantonalen Finanzkontrolle Baselland geprüft. Im Juni 2018 wurde zudem ein Hearing durchgeführt. Vertretungen des Universitätsrats, der Regenz sowie der Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft waren anwesend. Dieses Jahr konnte die IGPK zudem zum ersten Mal den Jahresbericht des Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH) prüfen.

Die IGPK hält fest, dass sowohl die Universität als auch das Swiss THP sehr transparent informieren. Es gibt keine Gründe, die Compliance oder die Good Governance anzuzweifeln. Der Kommission ist es ein Anliegen, festzuhalten, dass die Sparmassnahmen eine grosse Unsicherheit in der Universität ausgelöst haben. Die Informationen der Regierungsvertreter vom 18. Oktober 2018 zur künftigen Finanzierung der Universität wurden mit grosser Spannung erwartet.

Zur Jahresrechnung der Universität: Die Jahresrechnung 2017 wird von der IGPK als korrekt und schlüssig angesehen. Bei einem Umsatz von CHF 730 Mio. schliesst die Universität ausgeglichen ab. Die IGPK selbst hat den Bericht nicht im Detail geprüft, verweist aber auf den Bericht der Revisionsstelle.

Bevor auf einige Punkte eingegangen werden, welche die Kommission im Detail besprochen hat, möchte die Rednerin etwas zum Ausblick sagen: Die letzte Leistungsperiode 2014-2017 lief im courant normale ab. Die grossen Diskussionen um die Sparforderungen lösen jedoch Unsicherheiten in der Universität aus. Auch die Rekrutierung von hochqualifizierten Professorinnen und Professoren ist dadurch nicht einfacher geworden, denn solche Diskussionen werden auch im internationalen Umfeld wahrgenommen. Die Ende 2017 erfolgte Verabschiedung von Globalbudget und Leistungsauftrag für die Periode 2018–2021 war sehr wichtig und hat die Debatte zum Teil auch beruhigt. Der mit dem neuen Globalbudget erfolgte Sparauftrag wurde umgesetzt. Die einzusparenden CHF 82 Mio. konnten teilweise auch durch Reserven der Universität abgedeckt werden. Rund zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel wurde nun am 18. Oktober 2018 eine neue Finanzierungslösung kommuniziert. Beide Trägerkantone werden das Restdefizit anhand eines dynamischen Modells, abhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, ausgleichen. Das Modell berücksichtigt auch den Standortvorteil und fusst auf dem standardisierten Steuerertrag, der vom Bund erhoben wird. Die Indikatoren sind transparent und nachvollziehbar. Das grösste Risiko für die Universität – die Ungewissheit, wie es weitergeht – hat sich geklärt.

Die IGPK Universität hat unterschiedliche Themen vertieft. Zu den Drittmitteln: Die Universität steht hervorragend da und konnte mehr Drittmittel anwerben als viele andere Universitäten. Das Anwerben von Drittmitteln braucht jedoch auch Ressourcen, die dann beispielsweise in der Forschung oder in der Betreuung der Studierenden fehlen.

Zum Berufungsverfahren der Professur «Rekonstruktive Zahnmedizin»: Die IGPK hat in diesem Zusammenhang ein Hearing durchgeführt. Die Universitätsleitung konnte transparent belegen, dass das Verfahren entlang eines klar definierten Prozesses abgelaufen ist und es keine ungeklärten Aspekte gibt.

Die Besetzung von Professuren, insbesondere an der Medizinischen Fakultät, erfüllt die IGPK Universität mit Sorge. An der Medizinischen Fakultät besteht – mit 12,5 % Frauen und 87,5 % Männern – ein sehr ungleiches Geschlechterverhältnis. Aufgrund der äusserst hohen Anforderungen wird es zunehmend schwieriger, qualifizierte Professorinnen und Professoren zu gewinnen. Die Bewerbenden müssen neben der Forschung und Lehre auch Verantwortung für Patientinnen und Patienten übernehmen. Die normale Arbeitszeit reicht dafür nicht aus. Die Universität versucht nun, neue Modelle zu denken, beispielsweise dass eine Professur von mehreren Personen gemeinsam abgedeckt werden kann.

Weiter wurde die Einbettung des Instituts für Augenmedizin (Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB)), welches von der Novartis gesponsert ist, unter die Lupe genommen. Es stellte sich die Frage, ob eine zu grosse Nähe besteht und Novartis so zu viel Einfluss auf die Universität nehmen kann. Die IGPK Universität kam zum Schluss, dass es diesbezüglich keine Bedenken gibt und sich die Universität gut abgrenzt. Die Novartis akzeptiert die Eigenständigkeit der universitären Forschung.

Die IGPK Universität hat den Bericht einstimmig verabschiedet und beantragt dem Landrat, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) bedankt sich bei Mirjam Würth für die Ausführungen und informiert, es handle sich um ein partnerschaftliches Geschäft. Der Grosse Rat Basel-Stadt hat den Leistungsbericht der Universität Basel in der Sitzung vom 17. Oktober 2018 mit 93:0 Stimmen ohne Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

Zu diesem Geschäft ist der Kommissionsantrag ohne Gegenstimme erfolgt.

Der Redner ruft in Erinnerung, dass es gemäss § 64 Absatz 1^{bis} der Geschäftsordnung nur dann eine Eintretensdebatte gibt, wenn Eintreten bestritten ist und wenn die Eintretensdebatte vom Landrat mit Zweidrittelmehr beschlossen wird. Über den Antrag auf Durchführung der Eintretensdebatte wird keine Diskussion geführt.

Miriam Locher (SP) beantragt im Namen der SP-Fraktion eine Eintretensdebatte. Die Universität Basel sei für die Region eine solch wichtige Institution, dass darüber diskutiert werden sollte. Die am 18. Oktober veröffentlichten Informationen generieren zudem einen grossen Diskussionsbedarf.

://: Der Landrat beschliesst mit 73:6 Stimmen bei einer 1 Enthaltung eine Eintretensdebatte durchzuführen.

– *Eintretensdebatte*

Oskar Kämpfer (SVP) ist froh über die Debatte; die einleitenden Worte der Kommissionspräsidentin hätten einige Fragen offengelassen. Die SVP-Fraktion akzeptiert den Bericht, hat aber zur Beurteilung dessen, was im Bericht dargelegt wird, eine andere Meinung. Es ist festzuhalten, dass die Sparmassnahmen der Universität vor allem in der Verwaltung umgesetzt wurden. Der grösste Teil wurde aus den Reserven genommen. Die Rektorin hat im Hinblick auf ihre Wiederwahl durch die Regenz, dies ist laut dem Redner offensichtlich, in den einzelnen Fakultäten keine grossen Veränderungen herbeigeführt. Die Rede von Unsicherheiten im Universitätsbetrieb ist stark übertrieben. Es braucht neue Strukturen, damit die gewünschten Änderungen herbeigeführt werden können und damit es auch in Zukunft eine hervorragende Universität am Standort Basel gibt. Für die nachhaltige Umsetzung neuer Strukturen bedarf es einer Änderung des Staatsvertrags. Diese

Faktoren wurden im Bericht der IGPK nicht andiskutiert. Die neuen Strukturen müssen erarbeitet werden, der Wunsch allein reicht nicht aus.

Jan Kirchmayr (SP) berichtet, die SP-Fraktion sei in Bezug auf die Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2017 froh, dass es keine Erhöhung der Studiengebühren gegeben habe. Gleichzeitig ist die Verwendung der Drittmittel kritisch zu betrachten, da diese die immens wichtige Unabhängigkeit der Forschung und Lehre der Universität Basel gefährden können.

Ausblick auf die aktuelle Leistungsperiode 2018–2021: Der Redner erachtet es als speziell, wenn Landrätinnen und Landräte aus der Tageswoche erfahren müssen, wie die Sparpläne der Fakultäten aussehen. Bislang wurde mit der Mediävistik eine der ältesten Professuren gestrichen. In der Jurisprudenz werden Tutorate eingestampft. Die Sparmassnahmen werden nicht nur von den Reserven aufgefangen, sondern es findet klar ein Abbau statt und zwar bei allen Fakultäten. Wenn die Masterarbeiten nur noch bei Assistenzprofessuren verfasst werden können, verliert die Universität Basel bei den Studierenden an Attraktivität. Es wird zudem nicht nur in der philosophisch-historischen Fakultät gespart, wo von gewissen Seiten gerne abgebaut wird, sondern auch bei den Life Sciences und in der Medizin werden Professuren gestrichen oder nicht ersetzt. Das Bedenkliche ist: Es scheint kein Konzept vorhanden zu sein. Es werden diejenigen Professuren ersetzt oder gestrichen, bei denen die Professorinnen und Professoren bald emeritiert werden. Das kann nicht die Strategie sein. Die SP-Fraktion ist enttäuscht. Die Folgen des Abbaus sind für die zukünftige Entwicklung der Universität Basel von Bedeutung. Bildung ist kein Geschäftsmodell, Bildung ist Zukunft.

Sven Inäbnit (FDP) sagt, die FDP-Fraktion nehme den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Die Tonalität des Berichts gab jedoch in der Fraktion Anlass zur Diskussion. Im Bericht wird dargestellt, dass an der Universität eine totale Verunsicherung herrsche und die Zukunft der Universität aufgrund der finanziellen Massnahmen in Frage gestellt wird. Im Kontrast dazu steht die sehr unaufgeregte Haltung der Rektorin und der Universitätsführung insgesamt. Die Sparmassnahmen werden umgesetzt, ohne zu jammern.

Der Redner hält fest, eine Universität entwickelt sich. Entsprechend geht es hier nicht nur um einen Abbau, sondern auch um einen Umbau. Es braucht nicht immer die gleichen Schwerpunkte. Eine gewisse Fokussierung muss stattfinden.

Weiter gehen aus dem Bericht die getätigten Investitionen der Universität nicht hervor. Über die Projekte, welche für die Entwicklungen der Universität wichtig sind, wird man in Zukunft sicher noch etwas hören.

Zur Drittmittelquote: Auf die Drittmittel kann schon verzichtet werden, wie sich das Jan Kirchmayr wünscht. Dann werden sie jedoch durch die öffentliche Hand nicht ausgeglichen. Ob das im Sinne der Universität ist, sei in Frage gestellt.

Weiter ist der Umgang der IGPK Universität mit dem Projekt IOB zu kritisieren. Anstatt die regionale Partnerschaft zu würdigen, hat sich die IGPK auf die Suche nach dem Haar in der Suppe gemacht und die Frage gestellt, ob es zu schlechten Abhängigkeiten komme. Eine Partnerschaft funktioniert aber nur, so der Redner, wenn beide Seiten etwas davon haben. Es ist davon auszugehen, dass sich die Universität und Novartis auf Augenhöhe begegnen.

Im Zusammenhang mit dem neuen Leistungsauftrag ist davon auszugehen, dass es eine Zusammenstellung zu den Schwerpunkten und zur Strategie geben wird.

Florence Brenzikofer (Grüne) vertritt ihre Fraktionskollegin Andrea Heger, die in der IGPK Universität Einsitz hat. Die Grüne/EVP-Fraktion nimmt den vorliegenden Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Die Sparaufgaben von CHF 82 Mio. sind einschneidend und die Anspannung ist deutlich spürbar. Professuren wurden weggespart, auch in den Naturwissenschaften und der Medizin. Im Mittelhoch-

deutsch wird eine Stelle und in den Rechtswissenschaft Tutorate gestrichen; auch dies sind Abbaumassnahmen. Seitens der Universität wird jedoch zu wenig transparent deklariert, wo Stellen eingespart und gestrichen werden.

Zu den Drittmitteln: Die Kantonsbeiträge müssen für Grundleistungen der Universität eingesetzt werden. Bevor eine Erhöhung der Drittmittel gewünscht wird, müssen die Grundleistungen der Universität finanziert werden. Ohne die Grundleistungen gibt es Drittmittelreduktionen und darunter leidet das Renommee der Universität. Drittmittel sind für Zusatzleistungen, für Exzellenzsteigerungen und für Leuchtturmprojekte. Die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben sich ganz klar für eine Volluniversität und somit auch für eine Finanzierung der Grundleistungen ausgesprochen. Die beiden Kantone müssen sich nun dazu bekennen.

Zur transparenten Immobilienvereinbarung: Die Immobilienvereinbarung ist nach wie vor ein hängiges Projekt. Was möchte die Grüne/EVP-Fraktion? Die Universität soll in universitätseigenen Gebäuden untergebracht werden und die Universität soll bei der Immobilienvereinbarung den Lead haben. Die Immobilien haben sich sowohl der Strategie als auch dem Leistungsvertrag unterzuordnen.

Abfederung der Reserven: Die Abfederung, so war auch die Abmachung, soll in die Qualität der Bildung fliessen und nicht in Beton.

Die Rednerin zeigt sich erfreut über den Entscheid zum neuen Universitätsstandort in Münchenstein und bedankt sich bei all jenen, die sich für eine prosperierende Universität beider Basel einsetzen.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) führt aus, die Universität sei in den letzten Wochen Dauerthema in den Medien gewesen. Zuerst als die Sparauflagen in die Öffentlichkeit durchsickerten und damit Unmut verursachten, später im Zusammenhang mit der positiven Nachricht eines Baselbieter Universitätsstandorts. Die Einigung auf einen neuen Standort, auf die Steuerung des Immobilienwesens sowie auf ein neues Finanzierungsmodell sind sehr gewichtige Schritte. Ein herzlicher Dank geht hier an beide Regierungen, insbesondere aber an Regierungspräsidentin Monica Geschwind.

Die Universität unternimmt alles Mögliche, um die Sparmassnahmen umzusetzen. Dies zieht grössere Opfer im Bereich der Lehre mit sich. Für die älteste Universität der Schweiz ist das kein leichtes Opfer. Es muss aufgepasst werden, dass die prekäre Situation nicht zu noch mehr Unsicherheiten führt; sei dies im direkten Bereich der Uni, überregional oder international. Auch die Rektorin hat dies besorgt betont, hier ist Sven Inäbnit zu widersprechen. Als Beispiele für die Sparmassnahmen können die Mediziner, die bis 2021 CHF 2,8 Mio. einsparen müssen, oder die philosophisch-naturwissenschaftliche Fakultät mit Einsparungen von CHF 2,3 Mio. genannt werden. Von den anderen Fakultäten möchte die Rednerin erst gar nicht sprechen. Es ist nicht unter den Tisch zu wischen: Die Betreuung der Studierenden wird ganz eindeutig leiden.

Dank der grossen Kompetenz der Rektorin Andrea Schenker-Wicki konnten die Sparauflagen durch eine erneute Erhöhung der Generierung von Drittmitteln kompensiert werden. Die Drittmittel betragen einen Fünftel des Universitätsbudgets. Drittmittel sind jedoch nicht planbar und grösstenteils zweckgebunden.

Das IOB, die Joint Venture zwischen der Universität, der Novartis und der ETH Zürich, ist ein grosser Glücksfall für die Universität. Die ganze Forschungskette von den Grundlagen bis hin zur Entwicklung der Medikamente ist an diesem Institut vereint. Des Weiteren ist der Universität ein grosser internationaler Forschungsfortschritt im Kampf gegen die multiresistenten Bakterien mit den Designerzellen gelungen. Dies ist ein weiteres Zeichen für die Exzellenz der Universität.

Dem Weiterbestehen der Exzellenz muss Sorge getragen werden. Abschliessend ist auch darauf hinzuweisen, dass die Universität seit jeher mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen hatte. So regelte beispielsweise im Jahr 1507 die Stadt die finanziellen Beziehungen zur Universität neu. In

einem Text zum 550-Jahr-Jubiläum auf der Universitätshomepage heisst es: «In einer Phase schrumpfender städtischer Budgets beschloss der Rat jährlich 200 Gulden oder 253 Pfund als «Liebtat» für die Besoldung der Dozenten bereitzustellen.» Deshalb, tragen wir Sorge zur Universität, tragen wir Sorge dazu, dass auch junge Forschende an unsere Universität kommen wollen und die Exzellenz weiter ausbauen. Dafür braucht es ausreichend öffentliche Mittel. Wenn der Universität die Mittel abgewürgt werden, wird ein Abdriften in die Bedeutungslosigkeit schneller stattfinden, als man glaubt.

Die CVP/BDP-Fraktion nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) möchte festhalten, dass die Universität Basel im Jahr 2017 sehr gut gearbeitet und sich dynamisch weiterentwickelt habe. Die Universität hat die Leistungsperiode 2014-2017 ausgeglichen abgeschlossen. In den letzten zehn Jahren ist sie haushälterisch mit ihren Mitteln umgegangen und konnte so namhafte Reserven bilden, was sehr positiv ist. Trotzdem steht leider das Thema Sparen immer wieder im Mittelpunkt. Von was ist hier die Rede? Fakt ist, der Grosse Rat und der Landrat haben das Globalbudget für die nächsten vier Jahre im Umfang von CHF 1,3 Mrd. verabschiedet. Dies entspricht rund 50 % des Gesamtbudgets der Universität Basel, im gesamtschweizerischen Vergleich ist dies sehr viel. Die Kantone als Träger steuern somit einen grossen Beitrag an die Universitätsausgaben bei. Verglichen mit den Beiträgen 2017 sind es jedoch jährlich umgerechnet CHF 12,4 Mio. weniger, was ungefähr 1 % entspricht. Die Universität hat zum ersten Mal nicht so viel erhalten, wie sie es sich gewünscht hat.

Dass dies Diskussionen gibt, ist normal.

Wie geht die Universität damit um? Die Universität managt die Situation gut. Auch die Rektorin hat dies gegenüber der IGPK sowie in einem Interview bestätigt. Alle Fakultäten haben einen Entwicklungsplan dem Universitätsrat vorgelegt. Das heisst, es gibt eine Strategie für den Umgang mit den Massnahmen und dem Budget. Zudem schränkt sich die Universität nicht nur ein, sondern entwickelt sich in der Leistungsperiode 2018-2021 auch weiter. So werden zum Beispiel Projekte im Digitalisierungsbereich angestossen. Die Universität muss diese Projekte zum Teil aber auch selber finanzieren. Die Rednerin hält es für wichtig, dass die Universität kommuniziert, wie sie die Einsparungen umsetzt.

Einen Verteilungskampf um Mittel gibt es immer, auch im Kanton Basel-Landschaft. Sowohl die Volksschulen, die Berufsbildung, die weiterführenden Schulen als auch die Hochschulen und die Kultur wollen Mittel haben. Auch die Gesundheit, der Verkehr, die Sicherheit und das Soziale brauchen genügend Mittel. Dies ist normal. Auch normal ist es, dass man sich im Wahlkampfjahr für das eine oder andere positioniert. Es ist positiv, wenn sich viele für die Universität einsetzen. Es muss jedoch aufgepasst werden, dass die Universität nicht mit Aussagen, wie die Universität spare sich tot, schlecht geredet wird. Solche Aussagen haben Auswirkungen auf das Personal, die Studierenden und auf die Aussenwirkung. Tatsache ist: Die Universität macht grosse Schritte, die Universität ist top. Es gibt ein neues Zentrum für Augenheilkunde und eines für Kindergesundheit, es gibt Kooperationen mit der ETH und sehr interessante Forschungsprojekte konnten akquiriert werden. Die Universität erhält eine hochmoderne Infrastruktur. Das Biozentrum ist bald fertiggestellt, die Biomedizin ist in Planung, weiter kommt das Gebäude für Sport und Bewegung und das Gebäude des Swiss TPH hinzu. Für all dies werden umfangreiche Mittel zur Verfügung gestellt. Die eigentliche Herausforderung der Universität ist, auch in Zukunft konkurrenzfähig und attraktiv zu sein. Die Rednerin arbeitet intensiv mit Erziehungsdirektor Conradin Cramer und mit allen Regierungsräten der beiden Kantone zusammen, um die Strukturen und den Staatsvertrag auf neue Beine zu stellen. Die ersten Meilensteine wurden erfreulicherweise bereits kommuniziert. Auch die Universität arbeitet und zwar an der Strategie 2030. Die Universität wird sich verändern müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Gleichzeitig wird an der Immobilienstrategie gearbeitet. Aus den Strategien wird sich ableiten lassen, wie viele Mittel die Universität ab 2022 brauchen wird.

Es wird gemeinsam und mit Hochdruck daran gearbeitet, dass die Universität weiterhin attraktiv ist, gut lehren und wichtige Forschungsbeiträge für die Wirtschaft und die ganze Gesellschaft leisten kann. Als grosse Fürsprecherin der Universität, setzt sich die Rednerin dafür, dass die Universität diejenigen Mittel erhält, um zukunftsorientiert arbeiten zu können.

Caroline Mall (SVP) wendet ein, es gehe hier um die Vergangenheit, entsprechend hätten die Voten, welche die Zukunft betreffen in dieser Diskussion eigentlich keinen Platz.

Der Leistungsbericht umfasst die Leistungsperiode 2014-2017. Die Rednerin wird sich vor allem auf die Regierungsvorlage konzentrieren, welche klar strukturiert und objektiv ist sowie diejenigen Eckwerte enthält, die zu einem aussagekräftigen Leistungs- und Finanzreporting führen. Der Bericht der IGPK ist hingegen mit emotionalen Ausschnitten gespickt. Solche Aussagen sollten in einem GPK-Bericht keinen Platz haben.

Die Trägerbeiträge lagen 2014 bei CHF 321 Mio. und steigerten sich bis ins 2017 auf CHF 329,5 Mio. Eine beträchtliche Summe, aber gut investiertes Geld zugunsten des Standorts und der Studierenden. Es gibt eine dynamische Fortentwicklung der Universität auf hohem Niveau. Das Leistungsniveau ist konstant gut. Zudem wurde der Wunsch des Landrats, mit den Universitätskosten in Zukunft etwas straffer umzugehen, erkannt. Die beiden Regierungen haben die Leistungsvereinbarungen entsprechend angepasst. Die gewünschten, reifen Früchte können hoffentlich nächstes Jahr gemeinsam geerntet und diskutiert werden.

Der Jahresabschluss hat erfreulicherweise einen, wenn auch kleinen, Gewinn von CHF 0,6 Mio. ausgewiesen. Der Abschluss der Leistungsperiode ist ausgeglichen. Die geplanten Einsparungen des Budgets 2017 von rund CHF 8 Mio. konnte die Universität vollständig realisieren. Dies ist ein Beweis für die Bemühungen der Universität, mit den Geldern der beiden Kanton massvoll umzugehen. Das Geld wurde zudem so eingespart, dass die Qualität und das Ansehen der Universität nicht zu stark leiden. Die FHNW ist hier auch ein gutes Beispiel. Kürzlich wurde der Prachtbau in Muttenz eingeweiht, obwohl auch die FHNW einsparen musste. Ein grosses Kompliment geht an die Regierung.

Zu den Drittmitteln: Die Erhöhung der Drittmittel auf einen Rekordstand ist ebenfalls erfreulich. Die Aufwandseite hingegen konnte im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden. Hier sind im Wesentlichen der Personalaufwand, der Betriebsaufwand und der Raumaufwand zu nennen. Dort war sicherlich auch das grösste Potential vorhanden.

Abschliessend ist festzustellen: Die Universität Basel hat den Kanton Basel-Landschaft gehört. Die CHF 82 Mio. sind Zukunftsmusik und werden nächstes Jahr diskutiert. Der Universität weiss, wie die Sparmassnahmen umzusetzen sind, man sollte deshalb weniger skeptisch sein. Die Rednerin ist zuversichtlich und geht davon aus, dass eine grosse Mehrheit den Bericht so genehmigt.

Kathrin Schweizer (SP) bereiten die Entwicklungen Sorgen. Dies ist der letzte Bericht der IGPK Universität Basel vor den grossen Abbaumassnahmen. Die Verunsicherung der Universität konnte jedoch schon im Jahr 2017 gespürt werden. Letzte Woche machten die Medien bekannt, in welchen Bereichen gespart werden soll. In der Theologie, in der Geschichte, im Spanisch, aber auch in der Medizin werden CHF 2,8 Mio. und bei den Life Sciences CHF 2,3 Mio. eingespart. Gerade diese Bereiche sind jedoch wichtig für die Region und sind ein Motor für die Wirtschaft. Dort braucht es entsprechend Exzellenz – die Pharmaindustrie, als Abnehmerin der Ausgebildeten in diesem Bereich, ist nicht umsonst hier angesiedelt.

Die Universität hat eine alte Tradition, die traditionell auch breit aufgestellt ist. Die Breite und auch die Unabhängigkeit der Universität sollen beibehalten werden. Drittmittel sind in Bezug auf hochspezialisierte Bereiche sehr interessant. Mit Drittmitteln kann man jedoch weder Grundlagenforschung noch den Betrieb finanzieren. Drittmittel sind kein Allheilmittel.

Die Verunsicherung bei den Mitarbeitenden und Studierenden ist gross. Grund dafür ist nicht das Schlechtreden, sondern der massive Umbau, welcher die Verunsicherung erzeugt. Es braucht

Sicherheit und Transparenz. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Studierenden müssen wissen, was mit der Universität passiert. Die Universität steht in harter Konkurrenz mit anderen Universitäten, sie braucht ihre Ausstrahlung und muss im Konkurrenzfeld bestehen können. Deshalb ist es wichtig, dass sie genügend alimentiert wird. Die Universität ist wichtig für den Wirtschaftsstandort, die ganze Region und mit ihren Impulsen auch für die Gesellschaft und die Bevölkerung. Der Universität soll Sorge getragen werden.

Hanspeter Weibel (SVP) würde es begrüßen, wenn in einem GPK-Bericht keine politischen Aussagen der Verfasserin enthalten wären. Es muss respektiert werden, dass die Universität eine selbständige Organisation mit einem Leistungsauftrag seitens des Landrats ist. Es ist nicht richtig, wenn einzelne Kommissionsmitglieder den erteilten Auftrag kritisieren.

Zum Sparen: Von Sparen kann keine Rede sein, es geht lediglich darum das Ausgabenwachstum ein wenig einzudämmen. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass seit dem Unterschreiben des Staatsvertrages die Beiträge an die Universität um 30 % gestiegen sind.

Zur Eintretensdebatte: Eigentlich sollte die Prüfung des Berichts Thema sein, und nicht eine politische Diskussion. Für den GPK-Bericht gilt dasselbe. Der Redner bittet die Kommissionsmitglieder, in Zukunft solche Berichtsteile nicht mehr zu akzeptieren.

Klaus Kirchmayr (Grüne) bedankt sich bei der Regierungspräsidentin für das engagierte Votum, das «Feuer» für die Universität war spürbar. Ein entscheidender Schritt, der für die Universität ansteht, ist die Strategie 2030 und als Konkretisierung davon der nächste Leistungsauftrag 2022-2025. Betrachtet man das Umfeld, beispielsweise die Änderungen am Geschäftsmodell von Novartis oder Roche, stellt sich die Frage, ob der Änderungsmodus der Universität genügend stark ist. Rund 60 % des Universitätsbudgets geht heute in die Life Sciences. Die Universität ist in Bezug auf E-Learning und Digitalisierung, die nächsten grossen Trends der Life Sciences, noch nirgends. Die 20 oder 25 Professuren im Zusammenhang mit dem ETH-Institut sind ein erster Schritt. Wenn die Universität im Bereich der Life Sciences aber auch weiterhin als führend wahrgenommen werden möchte, wird sie nicht darum herumkommen, diese Veränderungen mitzumachen. Es stellt sich die Frage, ob es aus Sicht der Governance richtig ist, alles über einen Leisten zu schlagen. Es besteht zwar eine Notwendigkeit, dass die Universität in der Region einen Grundauftrag erfüllt. Die Diskussion rankt sich jedoch zu stark um den Grundauftrag und die Phil. I Fächer. Es sollte vielmehr darum gehen, wo die Kernkompetenz liegt und wohin man gehen will.

Um die Herausforderungen mittelfristig bewältigen zu können, muss die Agilität verbessert werden. Die Immobilien sind dabei ein wichtiges Thema. Die Rolle des Staats bei den Immobilienprojekten ist noch viel zu gross. Ressourcen, Geld und Leute werden in Beton investiert anstatt in Köpfe und in Wissen. Die Strukturen sollten so angepasst werden, dass die Universität Kontrolle über alle ihre Produktionsfaktoren, dazu gehört auch die Immobilienfrage, hat.

Der vorliegende Bericht zeichnet ein aktuelles Bild, die entscheidenden Fragen kommen aber erst: die Strategie 2030 sowie der übernächste Leistungsauftrag.

Marc Schinzel (FDP) findet es gut, diese Diskussion zu führen. Vonseiten SP wird vor allem gemammert. Deshalb ist es wichtig, zu kontern. Monica Gschwind hat es richtig gesagt: Man kann die Universität auch schlecht reden. Das sollte man jedoch nicht tun. Die Universität leistet hervorragende Arbeit und verfügt mit Andrea Schenker-Wicki über eine hervorragende Rektorin, die nach vorne schaut und die mit den Aufträgen, welche ihr von den Trägern gegeben werden, nachweislich umgehen kann.

Der Redner verweist auf die Voten von Sven Inäbnit, Caroline Mall und Hanspeter Weibel: Die IGPK Universität muss aufpassen, dass sie ihren Auftrag richtig erfüllt. Das bedeutet, zu prüfen, ob die Uni ihre Leistung gemäss Auftrag erbringt. Nicht in den Bericht gehören Emotionalitäten. Das Bild, das von der Uni selbst kommt, entspricht nicht ganz der Tonalität des vorliegenden Berichts.

Wenn schon über die Zukunftsstrategie und Life Sciences geredet wird, sollte auch hervorgehoben werden, was geschieht. Das ist nämlich sehr viel. Wenn über das IOB geredet wird – eine public-private Partnership zwischen Augenspital, Universität und Novartis – dann sollte dieses vonseiten SP nicht schlechtgeredet und die Unabhängigkeit der Universität infrage gestellt werden. Auch im Bericht kommt leider nicht klar zum Ausdruck, dass es sich dabei um eine grossartige Sache handelt. Es ist ein Bekenntnis von Novartis und anderen wichtigen Akteuren im Life Sciences Bereich zu unserem Wirtschaftsstandort.

Weiter gibt es beispielsweise die Botnar-Stiftung, die das gemeinsame Projekt der ETH Zürich und der Universität Basel mit CHF 100 Mio. finanziert. Dabei handelt es sich um ein neues Forschungszentrum Kindermedizin. Diese Stiftung setzt es sich zum Ziel, die Kindermedizin zu verbessern und ist unabhängig. Auch davon spricht die SP nicht. Die SP soll nicht immer jammern, der Wahlkampf geht vorüber. Sie soll konstruktiv arbeiten und die Universität nicht schlechtreden.

Daniel Altermatt (glp) nutzt die Gelegenheit, um sich darüber Gedanken zu machen, in welchem Prozess sich die Universität befinde. Als der Staatsvertrag beschlossen wurde, waren die beiden Regierungen der Ansicht, dass die Universität zu klein ist und wachsen sollte. Der Wachstumsauftrag wurde umgesetzt und entsprechend stiegen auch die Kosten. Jetzt hat man festgestellt, dass die Universität die Grösse erreicht hat, die man sich damals vorgestellt hatte. Nun sind die Strategie und der Prozess zu ändern, nämlich von einer Wachstumsstrategie zu einer Strategie die Grösse zu halten und die Uni zu optimieren. In diesem Prozess befindet sich die Universität nun. Dies verängstigt viele Personen, da «Halten» das Setzen von Prioritäten bedingt und man nicht mehr überall wachsen kann.

Der Auftrag für die IGPK Universität war, den Umwandlungsprozess zu beobachten und zu prüfen, ob dieser in einer geordneten Art und Weise stattfindet. Die Antwort ist ganz klar: Ja, der Prozess findet statt. Die Universität stellt sich dieser Herausforderung und setzt sie um. In der Universitätsleitung existieren ganz klare Vorstellungen davon, wie der Ablauf ist. Die verschiedenen Akteure haben natürlich verschiedene Vorstellungen darüber, wie dies erfolgen soll. Letztlich ist das Ziel entscheidend und dies ist, eine Universität mit der aktuellen Grösse und Bedeutung zu erhalten. Wachsen soll sie nicht mehr, weil die Region eine grössere Uni schlichtweg nicht tragen kann.

Kommissionspräsidentin **Mirjam Würth** (SP) verfolgte die Diskussion mit Spannung. Der Kommissionsbericht ist ein typischer Fall von Konkordanz. Er wird von beiden Seiten kritisiert. Die eine Seite empfindet ihn als zu schönfärberisch, die andere als zu wenig objektiv. Kritik von beiden Seiten lässt darauf schliessen, dass der Bericht sich in einer Mitte befindet, zu der alle einigermaßen zustimmen konnten. Der Bericht wurde in einer Subkommission entworfen und in der Gesamtkommission diskutiert und von ihr verabschiedet.

Die 30 % Wachstum in den letzten Jahren waren klar Teil der bestehenden Strategie. Die Mehrausgaben im Vergleich zu vor zehn Jahren können deshalb der Uni nicht als Fehler angelastet werden.

Aus Sicht der IGPK Uni setzte und setzt die Unileitung genau dasjenige um, was ihr aufgetragen wurde – sei es zu wachsen oder zu sparen. Die Universität sowie der Universitätsrat leisten hervorragende Arbeit. Insbesondere freute sich die Rednerin über das engagierte Votum für eine starke Universität von Monica Gschwind und dankt ihr dafür.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Dem Landratsbeschluss wird mit 69:1 Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt.

Landratsbeschluss

Berichterstattung 2017 der Universität Basel zum Leistungsauftrag (Partnerschaftliches Geschäft)

vom 25. Oktober 2018

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1. Der Bericht 2017 zum Leistungsauftrag der Universität Basel wird gemäss § 19 lit. b des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag) vom 27. Juni 2006 zur Kenntnis genommen.*
 - 2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Partnerkanton.*
-